



An den
Ministerpräsidenten des Landes NRW
Armin Laschet

Staatskanzlei des Landes NRW
Horionplatz 1
40190 Düsseldorf

Berlin, 23. Oktober 2019

Die Dörfer am Tagebau Garzweiler und den Hambacher Wald erhalten: Tagebauverkleinerungen zügig umsetzen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

mit dem Ausstieg aus der Kohleverstromung stehen wir vor einem Meilenstein in der deutschen Energiewende. Als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen kommt Ihnen dabei eine Schlüsselrolle zu.

Seit neun Monaten steht fest, dass die Braunkohle unter dem Hambacher Wald und den gefährdeten Dörfern nicht mehr gebraucht wird. **Deshalb wenden wir uns mit einer Bitte an Sie: Geben Sie den Garzweiler-Dörfern eine Zukunft und gestalten Sie als Landesvater von NRW den Kohleausstieg aktiv mit.** Sozialverträglich ist der Kohleausstieg nur dann, wenn er die Zerstörung von tagebaubedrohten Orten beendet und so den gesellschaftlichen Konflikt um die Kohle befriedet.

Die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung hat empfohlen, bis 2022 zusätzlich 3,1 Gigawatt Braunkohle abzuschalten. Mit Blick auf das Klimaschutzziel für 2020, das die Bundesregierung laut Koalitionsvertrag ‚schnellstmöglich‘ erreichen will, müssten die Anstrengungen noch weitaus größer sein. **Stilllegungen unterhalb der Kapazität von 3,1 Gigawatt sind deshalb völlig inakzeptabel und stellen einen Bruch mit dem Kompromiss zum Kohleausstieg dar.**

Es ist unabdingbar, dass diese Abschaltungen in vollem Umfang an den Standorten Neurath (Blöcke A, B, D, E) und Niederaußem (Blöcke C, D, G) umgesetzt werden, um den Erhalt des Hambacher Waldes und der Garzweiler-Dörfer zu gewährleisten. Hunderte Bewohner*innen aus den Dörfern Keyenberg, Kuckum, Ober- und Unterwestrich und Berverath am Braunkohle-Tagebau Garzweiler wollen bleiben. Ihnen muss die Möglichkeit gegeben werden, ihre Heimat zu bewahren.

Dabei ist zentral, dass Sie umgehend ein Moratorium erwirken, das weitere Zerstörungen im Wald oder in den Dörfern verhindert und Mittel aus den Strukturwandelhilfen bereitgestellt werden, damit die Dörfer lebenswert bleiben. Dieses Moratorium muss so lange bestehen bleiben, bis die Vereinbarungen zur Abschaltung der Braunkohlekraftwerke im Rheinland gesetzlich fixiert sind und eine neue Leitentscheidung der Landesregierung vorliegt.

Nach der ersten Phase des Kohleausstiegs bis 2022 wird es mit den Abschaltungen stetig weitergehen. Ab 2023 sind schrittweise Abschaltungen der restlichen Braunkohleanlagen an den Standorten Niederaußem (Block H, BoA1), Weisweiler (Blöcke E, F, G, H), Neurath (BoA 2, BoA 3) und Ville/Berrenrath (Hürth) vonnöten. Dabei ist wichtig, dass diese mit Blick auf die internationalen Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens bis 2030 abgeschlossen werden und der klimaschädliche Braunkohletagebau nicht durch andere Nutzungen wie die Einrichtung einer Brikettfabrik verlängert wird.

Die massenhaften Klima-Proteste machen deutlich, dass breite Teile der Bevölkerung nicht hinnehmen werden, wenn in Zeiten einer sich zuspitzenden globalen Klimakrise noch Dörfer für Braunkohle zerstört werden. Im Rahmen der noch abzuschließenden Verhandlungen können Sie zur sozialen Befriedung des Konfliktes um die Kohle beitragen, indem die Landesregierung jetzt ein Moratorium erlässt und eine neue Leitentscheidung ankündigt, um die Tagebaue entsprechend zu verkleinern. Es ist gelungen, durch die Regelungen zum Strukturwandel den sozialen Ausgleich für die Arbeitnehmer*innen zu organisieren. Nutzen Sie die Chance, jetzt den sozialen Frieden landesweit zu sichern.

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie bei den laufenden Verhandlungen um den Ausstieg aus der Braunkohle für den Erhalt der Dörfer und des Hambacher Waldes durch die Abschaltung der alten Blöcke an den Standorten Niederaußem und Neurath sorgen. Eine neue Leitentscheidung muss noch in diesem Jahr eingeleitet werden, um die Tagebaugrenzen so zu verkleinern, dass sie den Erhalt des Hambacher Waldes und der Dörfer an den Tagebauen Garzweiler und Hambach sicherstellt.

Wir bitten Sie auch, Ihren Einfluss dafür geltend zu machen, dass die Verhandlungen mit den betroffenen Stromkonzernen zügig abgeschlossen werden und das Gesetz zum Ausstieg aus Braun- und Steinkohle noch in diesem Jahr vom Bundestag beschlossen wird. Dies ist im Interesse des Klimaschutzes und aller Beteiligten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christiane Aeverbeck
Geschäftsführerin
**Klima-Allianz
Deutschland**

Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
**DNR - Deutscher
Naturschutz Ring**

Prof. Dr. Hubert Weiger
Vorsitzender
BUND e.V.

Martin Kaiser
Geschäftsführer
Greenpeace e.V.

Dieser Brief geht in Kopie an Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, und Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen.
